

# Dresdner Volkszeitung

Versandkonto: Dresden  
Aden & Comp., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden  
und Schlichte Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Verantwortlich: einleitend: Dresdener Volkszeitung mit dem wöchentlichen Preis  
"Mach der Arbeit und Wohl und Zeit" für einen halben  
Monat 1 M., Einzelnummer 10 Pf.  
Telegraphisch: Dresdener Volkszeitung

Schriftleitung: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 2331, Dresd.  
Linde nur wochentags von 7 bis 1 Uhr.  
Schäftsstelle: Wetzlarerstr. 10, Fernsprecher Nr. 2331 und 1277  
Beschlusszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachmittags.

Abdruckpreis: Grundpreis: die 3 mm breite Rowareille  
zeit 30 Pf., die 9 mm breite Zeitschrift 1,50 Pf., für auswärtige  
Anzeigen 30 Pf., und 2 Pf., für Anzeigen in den "Eichen- und Wäldern"  
40 Pf., Aden & Comp., Dresden, für Vertriebskosten 10 Pf.

Nr. 298

Dresden, Donnerstag den 23. Dezember 1926

37. Jahrg.

## Landesverräter

"Solch ein Landesverräter!" Nichts als im Gesicht schrie Graf Westarp in den Saal des Reichstags als Schiedsmann seine Anklage über die Reichswehrverleugungen hielt. So schreit nur das schlechte Gewissen.

Solange Deutschland besteht, war es keine Tragödie, daß die Armee nicht ein Instrument der Politik, sondern eine unabhängige Macht neben der politischen Staatsleitung war. Die Tragödie führte zur Katastrophe im Weltkrieg als die Zivilregierung vergeblich ihre Politik der Wehrlosigkeit gegenüber dem wildgewordenen Amerikanismus der Obersten Heeresleitung durchzusetzen suchte. Das Kernproblem war und ist klare Unterordnung der militärischen Gewalt unter die zivile. Die Zivilgewalt ist oberste Instanz; sie entscheidet nach großen politischen Gesichtspunkten über die Verwendung der militärischen Mittel, und die Militärs haben nur in diesem Rahmen ihre Befehle durchzuführen. Das versteht man unter dem Wort: Die Armee sei ein Instrument der Politik. So war es während des Weltkriegs in den Siegerländern Frankreich, England, Amerika, und so ist es dort heute noch!

Auch nur der Gedanke, es könnten sich selbst im Zeitalter der Demokratie wieder ähnliche Zustände breit machen, die das deutsche Volk in die Tiefe stürzten, mußte die Sozialdemokratie aufschrecken lassen. Deshalb die tiefe Sorge über die schweren Mißstände in der Reichswehr, deshalb ihr rücksichtsloses Vorgehen, diese Entwicklung mit einem Schlag aufzubrechen und damit zu zerstören.

Aber Graf Westarp schrie "Landesverräter". Er ahnte nicht, wie er sich selbst mit diesem Schrei das politische Todesurteil sprach.

Einer der seltensten Zufälle der Weltgeschichte wollte es nämlich, daß fast um dieselbe Stunde der ehemalige Botschafter v. Kühlmann, der deutsche Außenminister im Weltkrieg, vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags sein jenenfallsiges Geständnis ablegte, daß er die Friedenspolitik der Reichstagsmehrheit nicht durchzuführen konnte, weil die Oberste Heeresleitung sich mit ihrer ganzen Macht widersetzte.

Die Oberste Heeresleitung, die militärische Nebenregierung, legte ihr Veto ein. So kam es zu keiner einheitlichen Erklärung über die Freigabe Belgiens. So kam es zu keiner Erklärung, daß Elsass-Lothringen (dies war die Kernfrage) die Autonomie erhalten sollte. So kam es, daß der unerwartete Gewinn, der uns im Gehalt der bolschewistischen Revolution in den Schöpfungen der Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und Bukarest — nach Kühlmanns eigener Aussage — unter dem Druck der Obersten Heeresleitung schmachvoll verlor!

Und Graf Westarp? Er führte im Reichstag die Gruppe, die um jeden Preis die Wahnidee der militärischen Nebenregierung gegenüber der Zivilregierung zum Sieg bringen wollte. Graf Westarp war der politische Schrittmacher und Scharführer der Ludendorff und Tirpitz. Graf Westarp war der wilde Gegenpoler von Bethmann und Kühlmann. Graf Westarp und die Seinen waren es, die die allein rettende Politik der Friedensresolution und ihre Kämpfer Land auf Land ab als "Landesverräter" brandmarkten. Graf Westarp stürzte durch seine Politik der militärischen Nebenregierung das deutsche Volk in den Abgrund.

Und dieser Mann mag es heute, wo wieder eine militärische Nebenregierung den Friedensweg des deutschen Volkes zu durchkreuzen versucht, den Kampf dagegen als "Landesverräter" zu bezeichnen! Er, der selbst einmal vor der Geschichte objektiv als einer der größten Landesverräter dastehen wird!

Kein Geringerer als der Abgeordnete Bredt, kein Kühlmann, sondern im Kriege selbst seinerzeit freizügiger Abgeordneter, hat in seiner Untersuchung über die Ursachen des Zusammenbruchs den Nachweis geführt, daß nur eines vor dem Zusammenbruch hätte retten können: die Abkehr der Reichstagsmehrheit von der politischen Gewalt und dazu aufgerufen hätte, den General Ludendorff als Haupt der militärischen Nebenregierung "in seine Zerkanten zu weisen". Wir wissen nicht, was die Folgen dieses "Aufstandes" des Reichstags gewesen wäre — aber so viel steht fest, daß diese rettende Tat nur gegen den stärksten Widerstand des Grafen Westarp und seiner Partei "Landesverräter" möglich gewesen wäre.

Die Lage von heute ähnelt im Kern durchaus der von 1917. Der wesentliche Unterschied gegenüber Bethmanns und Kühlmanns Zeiten ist freilich der, daß heute die verfassungsmäßige Form der Staatsleitung des Reichstags ganz klar gegeben ist. Es gilt, sie anzuwenden. Die bürgerlichen Parteien konnten 1917 und vorher früher ihr Versagen mit dem Hinweis auf den Widerstand der Weimarer Verfassung begründen. Haben sie heute vergessen, daß sie damals durch ihre laue und unentschiedene Haltung gegenüber der politischen Annäherung der Militärs sich mit schwerer Schuld beladen haben?

Wenn sie heute wieder zurückweichen, wird ihre Schuld vor der Geschichte ins Gigantische wachsen. Sie müssen heute an die Seite mit der Sozialdemokratie rücksichtslos und unendlich definitiv die Militärs in ihre Schranken zurückweisen, wie die Stunde es gebietet fordert.

## Amerikas Zukunft

Neuport, Ende November.

Die glänzende Konjunktur, die Prosperität der Vereinigten Staaten hält nun schon seit Jahren an. Freilich machen sich doch schon leise Anzeichen der Stodung bemerkbar. So weisen in einigen Städten die Ziffern der Erwerbslosigkeit ein nicht unerhebliches Ansteigen auf. Für die zukünftige Gestaltung kommt alles darauf an, ob die Intensivierung der Produktion auch in Zukunft anhält und ob es möglich sein wird für die immer mehr ansteigende Produktion den notwendigen Absatz zu finden.

"Efficiency" — höchster Wirkungsgrad der Arbeit, bleibt nach wie vor das Prinzip der amerikanischen Produzenten. Das bedeutet das Anhalten der Bemühung, Arbeitstechnik und Arbeitsorganisation auf immer höhere Stufen zu führen. Wie es ja überhaupt in der wirtschaftlichen Entwicklung ungestraft keinen Stillstand geben kann, da sonst die Bedrohung der Konkurrenz anderer Staaten eine zu ernste Gefahr werden kann. So wird sich denn das Gesetz kapitalistischer Wirtschaftsweise, auf immer erweiterter Grundlage reproduzieren zu müssen, auch in Amerika durchsetzen. Da aber erhebt sich die Frage nach dem Absatz dieser erhöhten Produktion. Bisher beruhte die Prosperität in erster Linie auf dem steigenden heimischen Konsum; die Nachfrage der breiten Massen in den Vereinigten Staaten ist in dem letzten Jahrzehnt ganz bedeutend gestiegen. Nun könnte ja eine Steigerung der Kaufkraft auch durch Vermehrung der Bevölkerung eintreten. Aber wir haben in Amerika ganz ebenso wie in den entwickelteren europäischen Staaten die Last der Geburtenbeschränkung, und auch die Einwanderung wird nicht mehr, wie in der Vorkriegszeit, eine starke Bevölkerungsvermehrung dem amerikanischen Kontinent bringen. Dem hegen die einschränkenden Einwanderungsregeln vor, die die Einwanderung jeder Nation auf eine bestimmte kleine Quote beschränkt, der gelben Rasse sie sogar unterbindet. Da bliebe als nächste Möglichkeit für den Absatz einer gesteigerten Produktion die stete Erhöhung der Kaufkraft der Bevölkerung, in erster Linie der Arbeiterschaft. Ist der amerikanische Unternehmer hierzu entschlossen?

An eine Lohnsteigerung ins Grenzenlose denken auch die amerikanischen Unternehmer nicht und können sie ja auch von ihrem Standpunkt als Kapitalisten nicht denken, da sie eine ökonomisch abhängige Klasse zur Aufrechterhaltung des Regimes kapitalistischer Ausbeutung dauernd gebrauchen. So bleibt den im kommenden Jahrzehnt der amerikanischen überflüssigen Produktion nur der eine Ausweg: ein gesteigerter Export. Freilich kommt hierfür nicht nur Europa in Betracht. Es ist Amerika gelungen, viele Märkte in anderen Kontinenten zu erobern; aber für viele Produkte der Fertigungsindustrie wie auch für Rohstoffe wird doch Europa lange Zeit der wichtigste Markt sein. Daraus dürfte wohl auch das wachsende Interesse mancher weitläufigerer amerikanischen Geschäftskreise für die europäische Entwicklung zu erklären sein.

Welchen Einfluß wird diese Wirtschaftsgestaltung auf die sozialen Verhältnisse haben? Das nächste Jahrzehnt kann für die soziale und politische Entwicklung der Vereinigten

Staaten sehr wichtig werden. Schon die nächste periodische Krise des amerikanischen Kapitalismus wird ein erster Anstoß sein. Sie wird sehr viele aus dem Traum ewiger Prosperität herausreißen, aus der Vorstellung, sozialer Kampf sei in diesem Lande natürlicher Reichtums und blühender Wirtschaft überflüssig. Das wird um so mehr der Fall sein, als ja in Amerika der Staat keinerlei soziales Verantwortungsgefühl hat, als keine soziale Fürsorge im nationalen Maßstabe besteht, der erwerbslose wie der franke oder für die intensive Produktion zu allgeordnete Arbeiter selber leben müssen, wie sie ohne Einkommen existieren können.

Beschleunigt wird dieser Prozeß in dem Maße, in dem sich Europa von der Krise erholt, die Notwendigkeit wirtschaftlicher Umstellung des alten Kontinents verstanden haben und als sehr ernsthafter Konkurrent am Weltmarkt wieder erscheinen wird.

Singu tritt die Wirkung der Einwanderungsgesetze. Ohne Zweifel werden sie dazu beitragen, daß sich nicht nur eine eigene amerikanische Kultur entwickeln wird, sondern daß auch die ungeheuren Schwierigkeiten der verschiedenen Nationalitäten, der Sprachentrennung und der schrankenlosen Konkurrenz rücksichtloser Arbeiterkassen vermindert werden.

So verlinken allmählich Schranken, die bisher noch dem Werden eines gemeinsamen Klassenbewußtseins entgegenstanden. Schon heute ist eine nicht unerhebliche Schicht vorhanden, die zum herrschenden Regime in Opposition steht, ohne jedoch der sozialistischen Partei angeschlossen zu sein. Auch bei Wahlen geben sie aus dem Grunde ihre Stimme nicht den Sozialisten, weil sie es doch als aussichtslos betrachten müssen, bei dem in Amerika herrschenden Wahlsystem für einen Sozialisten zu stimmen — sie müssen die Stimme einfach als verloren betrachten. Schon um dieses Gefühl der Zwecklosigkeit zu überwinden, um aber auch alle die oppositionellen Elemente sammeln und bereinigen zu können ist das Bedürfnis sehr stark, ein Sammelbecken für diese Opposition zu schaffen. So kann man alle diese Symptome dahin zusammenfassen, daß die Aussichten für den Sozialismus auch in Amerika durchaus günstig sind; freilich ist damit zu rechnen, daß er als Organisation andere Formen annehmen wird als auf dem Kontinent.

Europäische und deutsche Amerikafahrer, unter dem Eindruck der äußeren Schwäche des amerikanischen Sozialismus, pflegen recht geringe Achtung vor der amerikanischen Arbeiterbewegung an den Tag zu legen. Wer der beherrschten Arbeit der Genossen drüben von der Nähe gesehnt hat, den wird diese Haltung mit schmerzlicher Beschämung erfüllen. Denn es sollte unsere Bemüherung erregen, wenn wir Zeuge sind, wie hier Männer und Frauen, obwohl zum Teil schon Jahrzehnte im Kampfe stehend, auch heute noch im festen Vertrauen Pionierarbeit leisten, nachdem die in der ersten Pionierarbeit aufgebaute Bewegung durch Chauvinismus und ungewöhnliche Prosperität zum Teil wieder zerstört worden war. Darum: Mehr Achtung, nicht nur vor dem endgültigen Erfolg, sondern mehr noch vor dem beherrschenden Wirken, das diesen Sieg vorbereitet!

Tommy Sender

## Gegen das Landauer Urteil

Appell des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die französischen Sozialisten

Das Klassenurteil des französischen Kriegsgerichts, das in Landau den Unterleutnant Raucier freisprach und die deutschen Angeklagten verurteilte, hat innerhalb und außerhalb Deutschlands Befremden und gewaltige Empörung verursacht. Auch die friedfertigen Elemente in Frankreich brandmarkten den geradezu verbrecherischen Spruch. Deutlicher denn je erkennt man endlich haben wie drüben die Quelle aller Gefahren für eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich. Die liegt bei den Militärs im besetzten Gebiet und nicht bei der deutschen Bevölkerung. Die Konsequenz dieser Erkenntnis wäre umgehende Zurückziehung der Besatzungsstruppen; denn nur dann ist künftig dafür Gewähr geboten, daß ähnliche Vorfälle wie in Germersheim mit ihren Folgen in Landau sich nicht wieder ereignen und neue Erschütterungen der so ausserordentlich eingeleiteten Verständigungspolitik ein für allemal ausgeschlossen sind.

Der deutsche Botschafter in Paris hat in diesem Sinne am Mittwoch im Auftrage der Reichsregierung bei dem französischen Außenminister dorgesprochen. Briand ist leider nicht allmächtig; er mißbilligt, so schreibt der Soz. Pressebericht, nach unseren Informationen das Landauer Urteil genau so wie wir und erkennt die Gefahren, die seiner Politik durch die französischen Militärs drohen, durchaus. Aber sein Wille ist dem Kabinett Poincaré nicht Befehl, und so dürfte die deutsche Forderung nach Räumung des besetzten Gebietes vorläufig kaum von einem praktischen Erfolg begleitet sein. Trotzdem wird sie auf die Dauer ihre Wirkung nicht verfehlen; denn wieder einmal werden die Blicke der ganzen Welt auf die unerträglichen Zustände im besetzten Rheinland gelenkt, wo ausserordentlich jeder deutsche Staatsbürger so gut wie begünstigt ist. Daß

nichts anderes befragt das Landauer Urteil, und dem gilt es durch die Räumung endlich abzuwehren. Ist das auf dem Wege der Verhandlungen trotz aller Bereitwilligkeit Deutschlands zu Angelegenheiten wirtschaftlicher und politischer Art nicht möglich, dann wird auf die Dauer nichts anderes übrigbleiben, als die Frage der Rheinlandbesetzung in aller Deutlichkeit vor dem Forum des Völkerverbundes aufzurollen. Der jetzige Zustand ist einfach nicht länger haltbar.

Vorläufig lassen uns in dem am Mittwoch abgelaufenen Telegramm des sozialdemokratischen Parteivorstandes an die französische Sozialistische Partei die besten Möglichkeiten zu einer ersten Entlastung der Gewitterstimmung gegeben zu sein. Das Telegramm lautet:

"Das Landauer Kriegsgerichts Urteil erzeugt in ganz Deutschland tiefe Enttäuschung, nach unserer Überzeugung mit vollem Recht. Der Freispruch Rauciers und die gleichzeitige Verurteilung der deutschen Angeklagten, darunter aktiver Republikaner, sind geeignet, der deutsch-französischen Entspannung entgegenzuwirken, die von den Regierungen aus von der Wehrheit selber Böller erkreht wird. Wir erwarten euch, unverzüglich bei der französischen Regierung darauf hinzuwirken, um mindestens auf Antrag des Reichsausschusses die sofortige Entlastung der Verurteilten zu erwirken, undurchsetzt der notwendigen Revision des Urteils.

Müller, Weiß, Gröbner."

Wir sind davon überzeugt, daß unsere französischen Genossen tun werden, was sie können, um eine Tat der Gerechtigkeit und Bewußtseins zu ergreifen. Denn schon sind